

QUARTALSBERICHT

Projektland: Indonesien

Quartal/Jahr: II/2011

A. Politische und wirtschaftliche Entwicklung im Projektland/in der Region

1. Innenpolitik

Religiöse Diskriminierung und terroristische Kleinzellen

Gegenmaßnahmen der indonesischen Regierung zur Bekämpfung islamistischer Terrors

Der Präsident Susilo Bambang Yudhoyono verliert an Popularität

Das neue Verfassungsgerichtsgesetz

2. Außenpolitik

Indonesien als Gastgeber des ASEAN-Gipfeltreffens in Jakarta

Indonesisches Schiff wird gegen Lösegeld aus somalischen Gewässern befreit

3. Wirtschaft

Wirtschaftsbeziehungen zwischen Indonesien und China

Positive Wachstumsprognosen für Indonesien

4. Sonstiges

Norwegen investiert in Waldschutz in Indonesien

1. Innenpolitik

Religiöse Diskriminierung und terroristische Kleinzellen

Amnesty International Asia-Pacific kritisierte in einer Stellungnahme das unzureichende Vorgehen der indonesischen Regierung zum Schutz religiöser und ethnischen Minderheiten. Das Bestreben Indonesiens, auf internationaler Ebene und vor allem in Südostasien eine gewichtige Rolle spielen zu wollen, stehe demnach in deutlichem Gegensatz zu den Vorfällen auf nationaler Ebene. Dies bezieht sich besonders auf die Diskriminierung der islamischen Religionsgemeinschaft, Ahmadiyah, die seit jeher in der Gesellschaft diskriminiert wird. Diese Benachteiligung steht im Gegensatz zur indonesischen Verfassung von 1945, die eine Religionsfreiheit in Indonesien vorsieht. Im Jahr 2011 nahmen die Übergriffe gegen diese Glaubensgemeinschaft enorm zu. International sorgte die Ermordung von drei Glaubensanhängern durch fanatische Islamgruppen in West-Jawa für Aufsehen. Verschiedene Provinz- und Distriktregierungen setzten sich über die Verfassung hinweg und verboten die Religionsausübung dieser islamischen Gemeinschaft. Die Regierung gehe gegen eine solche Selbstjustiz der Lokalregierungen nicht vor und unterstütze somit die landesweite Diskriminierung dieser Gruppe, so Amnesty International. Die Prozesse gegen vermeintliche Schlüsselpersonen im Fall der Ermordung von drei Ahmadiyah-Anhängern dauern weiter an, wobei bei der Gerichtsverhandlung ein parteiisches Verhalten der Staatsanwaltschaft und des Gerichtes zugunsten der Täter deutlich wird.

Die Vereinten Nationen drückten ihre Sorge um die religiöse Gewalt und Diskriminierung von Minderheiten in einem Brief an die indonesische Regierung aus. Reaktionen darauf bestehen aber bislang noch nicht. Die Konflikte umfassen aber nicht nur interreligiöse Gewalt, sondern auch Konflikte zwischen fanatischen Minderheiten und der Regierung, besonders gegen die indonesische Polizei. Beispielsweise sprengte ein militanter Islamist aus Zentral-Java eine von der Polizei genutzte Moschee und verletzte 30 Polizisten einschließlich des anwesenden Polizeichefs des Distriktes Cirebon. Polizeiliche Ermittlungen ergaben, dass der Täter, Muhammad Syarif sich durch islamistische Internet-Websites selbst radikalisierte. Dieses Selbstmordattentat verdeutlicht eine neue Qualität der Gewaltanwendungen islamistischer Gruppierungen in Indonesien, die selbst vor Glaubenstätten nicht Halt machen. Weitere Zwischenfälle ereigneten sich in Jakarta, wo eine extremistische Gruppierung Briefbomben an prominente moderate Muslime schickte. Allerdings wurde durch diese Briefbomben kein Empfänger verletzt, wobei allerdings ein Polizist beim Entschärfungsversuch einer Bombe, die an den Polizeipräsidenten gerichtet war, schwer verwundet wurde. Im gleichen Zeitraum konnte in Jakarta ein Bombenanschlag auf eine christliche Gemeinde verhindert werden. Unweit einer Kirche wurde kurz vor einem Ostergottestdienst eine 150 Kilogramm schwere Bombe entdeckt und erfolgreich entschärft.

Generell ist bei jüngsten Zwischenfällen ein Muster erkennbar, dass darauf schließen lässt, dass terroristische Kleinzellen und Einzeltäter vermehrt aktiv werden.

Die genannten Anschläge und Versuche von Anschlägen konnten von polizeilicher Seite in keine Verbindung mit bestehenden bekannten Terror-Organisationen gebracht werden, wie beispielsweise mit der Jemaah Islamiyah, die für die Anschläge auf Nachtclubs in Bali im Jahre 2002 verantwortlich waren.

Eine weitere Form des aktiven islamistischen Spektrums stellt die NII (Negara Islam Indonesia = islamischer Staat Indonesien) dar, die als Untergrundorganisation während des Berichtszeitraum wiederholt auf sich aufmerksam machte. Die NII kämpft für einen Gottesstaat Indonesiens nach wahabitischen Vorbild.

Diese Organisation wurde bereits in den fünfziger Jahren gegründet und in der Folgezeit unter der Präsidenten Soekarno und Soeharto militärisch und geheimdienstlich bekämpft. Seit der Demokratisierung in Indonesien konnte die NII wieder ihr Netzwerk ausbauen und diese Organisation hat gute Beziehungen zu Politik und Wirtschaft. So sind verschiedene hochrangige Beamter und Mitglieder politischer Parteien in die NII involviert. Durch das Wirken dieser Gruppe ist die Ideologie des indonesischen Staates, die Pancasila, die eine Gleichwertigkeit und von fünf Religionsgruppen vorsieht, gefährdet.

Gegenmaßnahmen der indonesischen Regierung zur Bekämpfung islamistischen Terrors

Als Reaktion auf eine steigende Anzahl von Attentaten islamistischer Gruppierungen verfasste Präsident Susilo Bambang Yudhoyono zusammen mit Mitgliedern seines Kabinetts einen Drei-Punkte-Plan wie dieser zunehmenden Gewalt begegnet werden konnte.

- Die Bürger in Indonesien sollen dazu befähigt werden, sich verstärkt mit der indonesischen Staatsideologie zu beschäftigen
- Die Regierungsinstitutionen und die Behörden sollen durch entsprechende Maßnahmen verstärkt auf die Bedeutung von Pancasila und die Gleichwertigkeit der fünf Hauptreligionen als Grundlage eines toleranten Zusammenlebens der Bevölkerung hinweisen.
- Ein Aktionsplan soll ausgearbeitet werden, um entsprechende, koordinierte Schritte gegen die islamistische Bedrohung einzuleiten.

In diesem Rahmen wurden bereits einige Maßnahmen unternommen, insbesondere die Wiedereinführung des Unterrichts zu Staatsbürgerkunde und Pancasila an indonesischen Schulen. Auch die Polizei entwickelte ein Strategiepapier, das eine verbesserte Koordination von Militär, Geheimdiensten und islamischen Massenorganisationen bei der Vorbeugung und Bekämpfung islamistischer Indoktrinierung vorsieht. Mittlerweile wurde das indonesische Militär dazu aufgerufen, verdächtige Aktivitäten in Religionseinrichtungen zu observieren und gegebenenfalls im Verdachtsfall zusammen mit den Polizeikräften einzugreifen. Die islamische Massenbewegung, Nadhlatul Ulama (NU), hat eine eigene Gruppe zur Terrorabwehr gebildet, die in Anlehnung an

Densus 88, der Eliteeinheit der Polizei zur Terrorbekämpfung, Densus 99 genannt wurde.

Der Präsident Susilo Bambang Yudhoyono verliert an Popularität

Durch die verschiedenen Korruptionsskandale und die Passivität der Regierung in wichtigen Entscheidungen verliert der indonesische Präsident zunehmend an Popularität. Unabhängige Meinungsumfragen zeigten, dass die Zustimmung zu seiner Regierungsführung weit unter die Marke von 30% gefallen ist. Eine Vergleichsstudie mit dem Titel „13 Jahre der Reform und 18 Monate der Yudhoyono Regierung“ die unter 1.200 Befragten aus 33 indonesischen Provinzen durchgeführt wurde, zeigt auf, dass sogar der 2008 verstorbene ehemalige Präsident Suharto höhere Beliebtheit genießt als der jetzige Amtsinhaber. Danach favorisieren 36,5% der Befragten Suharto, auf dem zweiten Platz rangiert der aktuelle Präsident Yudhoyono mit 20,9%, gefolgt vom Staatsgründer Sukarno mit 9,8%. Die Umfrage legte ebenso offen, dass die städtische und ländliche Bevölkerung die Politik der „Neuen Ordnung“ unter Suharto unterschiedlich bewerteten. Generell wird in den ländlichen Räumen die Politik Soehartos sehr geschätzt, vor allem die Bereiche Sicherheit und wirtschaftlicher Aufschwung. Die städtische Bevölkerung dagegen sieht die Demokratie verbunden mit persönlichen Freiheiten als vorteilhaft an. Insgesamt sprachen sich rund 40% für die „Neue Ordnung“ und rund 23% für die Demokratie aus.

Das neue Verfassungsgerichtsgesetz

Schneller als erwartet wurde am 21. Juni 2011 das neue Verfassungsgerichtsgesetz vom indonesischen Parlament verabschiedet. Dabei bestätigten sich die Befürchtungen, dass die Kompetenzen des Verfassungsgerichts durch den Gesetzgeber zum Teil beschnitten werden könnten. Folgende Änderungen wurden vereinbart:

- Die Amtszeit des Verfassungsgerichtspräsidenten, die zuvor auf drei Jahre festgelegt wurde, wurde nun auf 2,5 Jahre beschränkt, wobei die Altersbegrenzung für den Eintritt eines Richters in das Verfassungsgericht auf 65 Jahre hochgesetzt wurde, wobei ein Verfassungsrichter bis zum vollendeten 70. Lebensjahr sein Amt innehaben kann.
- Das bislang geltende Recht, ein Gesetz auf Klage eines Antragstellers hin, vollständig zu überprüfen und ggf. als verfassungswidrig zu beurteilen, ist nun nicht mehr möglich. Nach dem neuen Gesetz darf nur der Passus, durch den der Antragsteller direkt betroffen ist, beurteilt werden. Die Beurteilung eines Gesetzes kann also nicht mehr "ultra petita" durchgeführt werden, da damit eine positive/normative Gerichtsbarkeit erfolgen würde, die eher den Aufgaben des Gesetzgebers entspricht.
- Das Verfassungsgericht wird nach dem neuen Gesetz durch die bestehende Ethikkommission (Komisi Yudisial) geprüft, wobei auch Richter des

Obersten Gerichtshofs und auch ein Abgeordneter in dieser Kommission tätig sein wird. Die bestehende Selbstkontrolle durch eine verfassungsgerichtsinterne Kommission wird abgeschafft.

Die grundlegenden Kompetenzbereiche des Verfassungsgerichts bleiben nach dem neuen Gesetz allerdings bestehen. Die bewusste Einschränkung der Selbstkontrolle dieses Gerichtes ist aufgrund der Korruptionsfälle um den Verfassungsrichter Arsyad Sanusi verständlich, da unter seinem Wirkungsbereich Briefe zu Urteilen des Verfassungsgerichts bezüglich Wahlausgängen gefälscht und somit der Wählerwille in erheblicher Weise missachtet wurde. Arsyad Sanusi wurde mittlerweile von dem Leiter des Verfassungsgerichts bei der Antikorruptionsbehörde (KPK) angezeigt.

2. Außenpolitik

Indonesien als Gastgeber des ASEAN-Gipfeltreffens in Jakarta

Im Jahr 2011 übernahm Indonesien den Vorsitz in der Vereinigung Südostasiatischer Nationen (ASEAN). Die von der indonesischen Regierung aufgestellten Agenden für das Vorsitzjahr mussten allerdings im Vorfeld brisanten Konfliktthemen weichen, wie beispielsweise dem Grenzkonflikt zwischen Thailand und Kambodscha und dem territorialen Streit um Inselgruppen im Südchinesischen Meer zwischen den Anrainerstaaten Philippinen, Malaysia, Brunei Darussalam und der Volksrepublik China, die die gesamte rohstoffreiche Inselgruppe für sich beansprucht. In diesem Rahmen konnten sich die Asienländer auf einem Gipfeltreffen darauf verständigen, ein Institut für Frieden zu etablieren, das von allen Mitgliedstaaten unterstützt wird. Daneben wurde eine Erklärung unterzeichnet zur Bekämpfung von Menschenhandel innerhalb Südostasiens. Es wurde vereinbart, dass ASEAN auch als ein gemeinsames Forum gelten soll, das sich globalpolitischen Themen widmet.

Schritte zur Verwirklichung der Vision einer ASEAN-Gemeinschaft nach Vorbild der europäischen Union bis zum Jahr 2015 spielten auf dem Gipfeltreffen nur eine untergeordnete Rolle, da temporäre Konflikte dominierten. Innerhalb der Staatengemeinschaft besteht im Grenzgebiet der Länder Thailand und Kambodscha ein militärischer Konflikt, der bereits 18 Todesopfer gefordert hat. Das Streitobjekt stellt das Gebiet der Tempelanlage Preah Vihear dar, das seit jeher von beiden Konfliktparteien beansprucht wird. Anfang des Jahres kam es zu einer militärischen Eskalation zwischen beiden Ländern. Der Hintergrund dieses territorialen Konflikts ist der umstrittene Grenzverlauf zwischen Thailand und Kambodscha, wobei der Internationale Gerichtshof in Den Haag 1962 entschied, dass die Tempelanlage zu Kambodscha gehöre. Die Tatsache, dass zwei Mitglieder der ASEAN bislang nicht in der Lage sind einen bilateralen Konflikt diplomatisch zu lösen, stellt ein enormes Problem in den politischen Bestrebungen dieses

Staatenverbundes dar und mindert auch die internationale Glaubwürdigkeit der Vision der ASEAN.

Indonesien ist als die wirtschaftsstärkste Nation der ASEAN und Mitglied der G20 ist um eine friedliche Lösung bemüht und bot zügig nach der Eskalation Anfang des Jahres im Grenzgebiet Hilfe in Form einer unbewaffneten indonesischen Beobachtertruppe an, die in das Gebiet gesendet werden und eine Waffenruhe garantieren soll. Allerdings blieb eine Zustimmung der Konfliktparteien aus, da sie sich nicht auf klare Bedingungen einigen konnten. So kam es auch auf dem Gipfeltreffen in Jakarta zu einem diplomatischen Eklat zwischen den Vertretern beider Länder. Indonesien als ASEAN-Vorsitzender und Gastgeber gelang es nur unzureichend Lösungsstrategien für den Konflikt zu vermitteln.

Für weitere Irritationen sorgte der Staat Myanmar, der turnusmäßig den ASEAN Vorsitz im Jahr 2014 übernehmen soll. Erst im Jahr 2005 wurde das Land aus dem Rotationsprinzip des ASEAN-Vorsitzes ausgeschlossen, da Fragen der Menschenrechte internationalen Druck auslösten. Da Myanmar durch die Gewährung von Wahlen und der Freilassung der Politikerin Suu Kyi, erste Schritte Richtung Demokratie gemacht hat, ist ASEAN bereit, dem Land Myanmar, den Vorsitz dieses Staatenverbundes im Jahr 2014 zu übertragen. Die Übertragung dieser Aufgaben an Myanmar wird von Experten unterschiedlich beurteilt. Einerseits wird betont dass dadurch der Demokratisierungsprozess in Myanmar vorangetrieben wird, andererseits kritisieren internationale NGOs, dass sich die Menschenrechtssituation in diesem Land noch nicht verbessert hat. Mit dem Vorsitz dieses Staates im Jahr 2014 wird ASEAN gefahrlaufen, einen internationalen Imageverlust zu erleiden.

Ein positives Signal zur Entwicklung zu einer regionalen Gemeinschaft gibt es am Beispiel einer internationalen Auseinandersetzung zu verzeichnen. Die Streitparteien sind diverse Staaten der ASEAN und das Nachbarland China. Die Streitobjekte sind die unbesiedelten Inselgruppen Paracel Islands und das Spratly Archipel, die sich im Südchinesischen Meer befinden und von den Streitparteien jeweils beansprucht werden. Ungeklärt sind hierbei die jeweiligen Grenzen der Hoheitsgebiete der angrenzenden Staaten, die das Recht zur Erkundung der Inselgruppen definieren. In betreffendem Seegebiet werden reiche Rohstoffvorkommen vermutet, vor allem Öl und Gas, was den Disput brisant macht. Das positive Signal der ASEAN stellt dabei die Geschlossenheit des Staatenverbundes dar. China forciert diplomatische bilaterale Lösungen des Streitfalls mit den jeweils einzelnen Ländern, wohingegen die Südostasiatischen Staaten ein multilaterales Vorgehen anstreben, was zeigt, dass die Staaten als Verbund gegenüber China verstanden werden wollen um so eine stärkere Position einnehmen zu können. Zusätzliche Brisanz liefert die Tatsache, dass China seit Beginn des Konflikts ein energisches Aufrüsten der Marine verfolgt. Die indonesische und internationale Presse spricht hier von einem seit Monaten andauernden Säbelrasseln zwischen den beteiligten Ländern.

Indonesisches Schiff wird gegen Lösegeld aus somalischen Gewässern befreit

Ein Hauptthema in den indonesischen Medien war die Entführung von zwanzig indonesischen Seeleuten, deren Frachtschiff im Golf von Aden von somalischen Piraten am 16. März 2011 gekapert wurde.

Schnell geriet dieser Zwischenfall zum Politikum, da zwischen einer diplomatischen und einer militärischen Lösung entschieden werden musste. Das indonesische Militär (TNI) stellte sich sofort bereit, die Geiseln gewaltsam zu befreien. Allerdings stellte dieses Vorhaben keine geeignete Lösung dar, da sich das Schiff samt ihrer Besatzung bereits in somalischen Hoheitsgewässern befand und somit nicht ohne weiteres von der indonesischen Marine befreit werden konnte. Die Marine schloss einen Eingriff aber weiterhin nicht aus, falls eine diplomatische Lösung nicht erzielt werden könne. Da sich Somalia in einem Bürgerkrieg befindet und die nominelle Regierung deswegen nicht in der Lage ist bedeutenden Einfluss auf die Piraterie zu nehmen, zog sich die Suche nach einer Lösung immer weiter in die Länge.

Die Reederei des Frachtschiffs gelang es mit den Piraten in Kontakt zu treten, um eine Lösegeldsumme zu vereinbaren, die von indonesischen Medien in einer Höhe von 3 und 9 Millionen US-Dollar beziffert wurden. Die indonesische Regierung versicherte dem Unternehmen, bei der Befreiung der Geiseln Hilfe zu leisten. Nach 46 Tagen Gefangenschaft und Verhandlungen zwischen den Parteien kam es dann zu einer Lösegeldübergabe durch das Militär vor der Küste Somalias, wobei es kurz nach Übergabe zu Schusswechseln kam. Das indonesische Militär berichtete, dass der Versuch das Lösegeld nach der Übergabe zurückzugewinnen, fehlschlug und vier somalische Piraten getötet wurden.

3. Wirtschaft

Wirtschaftsbeziehungen zwischen Indonesien und China

Bei einem Treffen der beiden Außenminister Marty Natalegawa und Yang Jiechi am 19. April in Peking, wurde eine Intensivierung des bilateralen Handels zwischen Indonesien und China vereinbart. So soll der aktuelle Handelswert der beiden Länder bis 2015 verdoppelt werden, besonders in den Bereichen Energie, Infrastruktur und Fischerei.

Gerade China ist sehr daran interessiert, ihre Investitionsvorhaben in Indonesien zu vertiefen. Derzeit rangiert China in der Rangliste der Länder mit Direktinvestitionen in Indonesien auf Platz 13. Dies soll sich aber laut Aussagen chinesischer Wirtschaftspolitiker bald ändern. Neben Direktinvestitionen ist China auch daran interessiert, in nationale Bauprojekte Indonesiens zur Verbesserung der Infrastruktur zu investieren. Dabei sollen vor allem Großprojekte im Straßenbau und Kraftwerksbereich unterstützt werden. Chinas Premierminister Wen Jiabao betonte auf einem Treffen in Jakarta, dass es für China und Indonesien auch aufgrund ihrer Gemeinsamkeiten sehr wichtig sei, intensiver

zusammenzuarbeiten. Während des Aufenthalts von Jiabao in Indonesien, wurden zahlreiche MoUs zwischen indonesischen und chinesischen Firmen unterzeichnet.

Diese positive Stimmung zwischen den Politikern beider Länder steht im Kontrast zu der allgemeinen Einschätzung der indonesischen Produzenten. Besonders Klein- und Mittelunternehmen verzeichnen rückläufige Umsätze aufgrund der billigeren Exporte von China, die den indonesischen Markt überschwemmen. So sind viele kleinere indonesische Unternehmen aufgrund fehlender Technologie nicht in der Lage, den Konkurrenzkampf mit den chinesischen Produzenten standzuhalten. Das Handelsdefizit Indonesiens mit China beträgt mit steigender Tendenz über 5 Milliarden US-Dollar.

Positive Wachstumsprognosen für Indonesien

Die verbesserten Wirtschaftsbeziehungen zwischen China und Indonesien sind nur ein Indiz für die Entwicklung der indonesischen Wirtschaft. Nachdem die Rating-Agentur Moody's & Fitch Anfang des Jahres die Bonität Indonesiens hochgestuft hatte, zog nun auch Standard & Poor's nach und erhöhte ihre Wertung zu BB+. Als Grund nannte die Agentur die verbesserten finanzpolitischen Rahmenbedingungen und die wirtschaftliche Robustheit Indonesiens. Diese Aufwertung unterstreicht ein Bericht des nationalen Koordinierungsbüros für Investitionen (BKPM), nach dem das prozentuale Wachstum der realisierten Investitionen in Indonesien im ersten Quartal dieses Jahres im Vergleich zum ersten Quartal des letzten Jahres stark angestiegen ist. Der Wert der Investitionen erhöhte sich um 11%, wobei das Wachstum der ausländischen Direktinvestitionen 11,6% betrug. Ausländische Direktinvestitionen beziehen sich vor allem auf die Bereiche Bergbau, Energie und Telekommunikationsbranche. Beispielweise plant das deutsche Industriedienstleistungsunternehmen Ferrostaal AG den Großbau eines petrochemischen Kraftwerks in West-Papua.

Die Zunahme der Investitionen in Indonesien hat zu einem starken Wachstum von Arbeitsstellen geführt. Nach dem nationalen statistischen Amt (BPS) sind knapp vier Millionen neue Arbeitsstellen alleine im letzten Jahr geschaffen worden. Dies bedeutet eine Gesamtanzahl von 111,3 Millionen Beschäftigten. Durch den Zuwachs an Arbeitsstellen hat sich auch die Arbeitslosenquote deutlich verringert. Diese beträgt nun 6,8% oder in Zahlen ausgedrückt rund 8,1 Millionen Arbeitslose. Noch vor einem Jahr lag die Arbeitslosenquote bei 7,4%. Der Zuwachs an Stellen ist dem Wirtschaftswachstum zu verdanken, das im Jahr 2010 6,2% betrug. Vor allem im Dienstleistungssektor hat die Anzahl an Arbeitsplätzen mit einem Zuwachs von 1,41 Millionen stark zugenommen. Auch der Handelssektor zeigte einen hohen Anstieg mit 1,03 Millionen neuen Arbeitsplätzen. Die Industrie hingegen wuchs im Verhältnis nur leicht. Dieser Sektor stellte nur 660.000 zusätzliche Arbeitsplätze. Der Dienstleistungssektor bindet einen großen Anteil der Beschäftigten in Indonesien. Mit 36% aller Beschäftigten liegt dieser Wirtschaftszweig

deutlich vor dem verarbeitenden Gewerbe mit rund 12%. Den größten Anteil an Beschäftigten hat jedoch immer noch die Landwirtschaft inne mit rund 45,5 Millionen Erwerbstätigen. Dies bedeutet ein Anteil von 38% der Erwerbstätigen am gesamten Arbeitsmarkt.

Das schnelle Wachstum der indonesischen Wirtschaft wird durch den Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 6,5% verdeutlicht. Dieses Wachstum wird laut Experten auch noch weiterhin anhalten. Im neuesten Bericht der Weltbank nimmt Indonesien einen Platz unter den sechs aufstrebenden Wirtschaftsmächten der Welt ein, die bis zum Jahr 2025 die Hälfte des globalen Wachstums generieren werden. Zu nennen sind hier die sogenannten BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien und China) und neuerdings auch Indonesien. BRIC und Indonesien haben regelmäßig ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von 4,7% zu verzeichnen, während die Industriestaaten lediglich eine durchschnittliche Zuwachsrate von 2,3% erreichen können. Zur Erlangung dieser Position sind aber nach Meinung von Experten folgende Voraussetzungen notwendig: Die Verbesserung der Infrastruktur, gute Regierungsführung und eine Vereinfachung der Bürokratie. Falls in diesen Bereichen keine Verbesserungen zu erwarten sind, ist eine Wirtschaftsentwicklung nach den Vorbildern China und Indien unmöglich.

4. Sonstiges

Norwegen investiert in Waldschutz in Indonesien

Die Vereinten Nationen haben das Jahr 2011 zum internationalen Jahr der Wälder ausgerufen. In Indonesien, das lange Zeit als „grüne Lunge“ der Erde galt, haben legaler und illegaler Holzeinschlag einen Großteil der Primärwälder Indonesiens zerstört und Platz für Palmöl-Plantagen geschaffen. Dadurch ist Indonesien zum drittgrößten CO₂-Emittenten hinter den Vereinigten Staaten und China aufgestiegen. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken und zum Schutze des Klimas haben Indonesien und Norwegen ein Abkommen unterzeichnet, das eine Milliarde US-Dollar für den Schutz der indonesischen Wälder vorsieht. Diese Zusammenarbeit wird über das weltweite REDD+ Programm zur Reduktion von Emissionen aus Entwaldung und Schädigung von Wäldern finanziert.

Bereits kurze Zeit nach Unterzeichnung des Vertrags wurde Kritik an dem Vorhaben geäußert. Indonesische NROs aus dem Bereich Umweltschutz bezweifeln die Umsetzbarkeit des Moratoriums, das große Waldflächen unter Schutz stellt und keinerlei Abholzungen vorsieht. Nach einer Stellungnahme von Aktivisten bezieht sich das Moratorium lediglich auf bereits geschützte Waldregionen und ist somit weitgehend bedeutungslos. Außerdem gestattet das Moratorium das Abholzen geschützter Gebiete, wenn bereits zugesicherte Pläne für Vorhaben landwirtschaftlicher Monokulturen und Kraftwerksanlagen bestehen. Durch diese Ausnahmeregelungen können die Flächen auch nachträglich überplant werden, wobei dadurch die Korruption weiter gefördert werden kann. In diesem Zusammenhang veröffentlichte die indonesische Korruptionsaufsicht (ICW) einen

Bericht, nach dem rund 72% aller Gerichtsprozesse gegen illegalen Holzeinschlag eingestellt werden, wobei ein Großteil der Fälle auf illegalen Abholzungen auf Kalimantan basiert.

Nur zwei Wochen nachdem das Moratorium offiziell verabschiedet wurde, änderte das Forstministerium den Status von 81.000 Hektar Schutzwäldern, die nicht von dem Moratorium gedeckt sind, in Wirtschaftswälder um. Von den ursprünglich 64 Millionen Hektar Wald, die als Primärwälder festgelegt wurden und demnach unter dem Moratorium geschützt werden sollten, existieren zum jetzigen Stand lediglich 55 Millionen Hektar an tropischen Regenwäldern. Diese Diskrepanz wurde erst nach der Auszahlung der Ausgleichszahlungen von Norwegen deutlich und zeigt eine gewisse Inkonsistenz der indonesischen Regierung gegenüber der Frage des Waldschutzes auf.

Dr. Ulrich Klingshirn

Leiter der Hanns-Seidel-Stiftung in Jakarta, Indonesien

Bericht erstellt unter Mitarbeit von dem Praktikanten, Marco Menke.

IMPRESSUM

Erstellt: 01.08.2011

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer, Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: ijz@hss.de | www.hss.de